

meiden, welche schließlich auf die tragischen Wege neuer Kriege führen...“ Zu dem Brand in der El-Aksa-Moschee sagte der Papst: Ein neuer Vorfall, „den wir zutiefst bedauern, fügte sich in diesen Tagen zu der schmerzhaften Reihe der Verstörungen in diesem Gebiet. Es ist dies der Brand, der die El-Aksa-Moschee in der heiligen Stadt Jerusalem beschädigt, wo sich die heili-

gen Stätten der drei großen monotheistischen Religionen befinden. Die Tat schlug dieses Mal die religiösen Gefühle der Muselmanen... Wir verstehen ihren Gram, aber wir wünschen, daß dies nicht die bereits gespannte und schwierige Situation im Mittleren Osten verschlechtere, und wir wünschen, daß dies nicht zu weiteren Gewalttaten führe, zu noch heftigerem Haß... Deshalb müssen

wir trotz allem hoffen, beten... die Religion darf kein Grund zu noch tieferer Spaltung und zu noch heftigerem Haß werden.“ Der Glaube an Gott, der den beteiligten Parteien gemeinsam ist, sollte, so ermahnte Papst Paul VI., vielmehr ein Element der Mäßigung und ein Motiv des gegenseitigen Verstehens und Achtens sein (vgl. „Osservatore Romano“, 3. 9. 69).

Vorgänge und Entwicklungen

Stagnation beim Weltrat der Kirchen

Die Tagungen des 120köpfigen Zentralausschusses, eigentliches Leitungsorgan des Weltrates der Kirchen, in Uppsala 1968 auf der Vierten Vollversammlung neu gewählt, finden nach ökumenischem Brauch etwa alljährlich im Gebiet einer anderen großen oder kleinen Mitgliedskirche statt, um die Präsenz des Weltrats in allen Kontinenten erfahrbar zu machen. Aber sie haben nicht alle eine so weittragende Bedeutung wie etwa die Tagung zu St. Andrews bei Edinburg im August 1960, als nach gewichtigen ekklesiologischen Grundsatzserklärungen die Aufnahme der Orthodoxen Kirchen des Ostraums beschlossen wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 138 f.), oder wie die von Enugu (Ostnigeria) 1965, als die noch wichtigere Entscheidung fiel, der „Kirche von Rom“ die Bildung einer „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ als Konsequenz des Ökumenismusdekrets anzutragen (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 255 f.).

Damit verglichen, war die diesjährige Tagung in Canterbury (12. bis 22. 8. 69), von der Ehrung des Zentrums der Anglican Communion abgesehen, mehr eine Routineangelegenheit (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 444). Wie auf allen Tagungen des Zentralausschusses führen verantwortliche Delegierte der Mitgliedskirchen mit nüchternem Sachverstand, meist auf den Status quo ihrer Kirchen bedacht, das entscheidende Wort, und nicht dynamische Theologen. Vor allem werden die Etats der Verwaltungsorgane des Weltrats und seiner Abteilungen bzw. Studienkommissionen in Genf beraten und genehmigt, diesmal angesichts des wachsenden Defizits eine schwierige Aufgabe. Ihre Lösung erfordert, daß alle Gremien sich durch Leistungen, sei es in Form von politischen Resolutionen (unentbehrlich für den amerikanischen Klerusdilettantismus), sei es durch Studiendokumente und Projekte ausweisen. Diese dürfen nicht zuviel Sprengstoff enthalten, zumal die 30 Mann starke Delegation der Orthodoxen unter Führung von Erzbischof *Nikodim* neben der sowjetischen Friedensideologie arg auf ihr konfessionelles Superioritätsbewußtsein bedacht ist. Durch die Etatbeschlüsse wird die Arbeit des nächsten Jahrfünfts gesteuert und auch der Ort der jeweils folgenden Tagung bestimmt. Diese fällt wieder nach Afrika, in das Gebiet einer vorsichtig gewählten, jedem Radikalismus abgeneigten koptisch-orthodoxen Kirche, nach Addis Abeba (9. bis 21. 1. 71).

Nach dem in Uppsala festgelegten konfessionellen Schlüssel bilden die Orthodoxen mit 30 Delegierten die stärkste,

freilich auch zahlungsunwillige Gruppe; auf Afrika und Asien entfallen nur 17, auf Nordamerika 23, auf das zersplitterte, anspruchsvolle Europa mit Nahem Osten 54 Delegierte, während Australien 6 und Lateinamerika nur 5 stellt, eine immer noch zu konservative Mischung, verglichen etwa mit der römischen Bischofssynode, deren eigentliche Delegierte eine wesentlich „katholischere“ Gewichtsverteilung aufweisen, man denke nur an die 28 Vertreter der afrikanischen Bischofskonferenzen. Allerdings hat der Zentralausschuß seine Ökumenizität in bedenklicher Richtung erweitert. Unter den 5 neu aufgenommenen Mitgliedskirchen (Gesamtzahl jetzt 229, mit assoziierten Kirchen 242) sind neben den sehr kleinen, der Polnischen Mariavitenkirche (24 000 Gläubige), der Protestantischen Karo-Batak-Kirche in Nordsumatra (65 000 bis 70 000 Gläubige) und der Brüdergemeinde auf Jamaica (23 000), die 1956 vom „Propheten“ Simon Kimbangu (Kongo-Kinshasa) gegründete original-afrikanische „Kirche Christi auf Erden“ mit drei Millionen Mitgliedern, attraktiv durch das Martyrium ihres Gründers in belgischen Gefängnissen, außerdem die Evangelische Pfingstkirche „Brasilien für Christus“ mit 1,1 Millionen Anhängern, zweitgrößte Pfingstkirche Südamerikas.

Für die Lösung der anstehenden Strukturfragen, die eine Voraussetzung für den Beitritt Roms darstellen, ist diese als „Bluttransfusion“ bezeichnete Neuaufnahme eher eine Belastung als eine Bereicherung. *A. Dumas* hat in seiner Würdigung von Canterbury „Der Ökumenismus auf der Basis“ („Réforme“, 30. 8. 69) diese Entscheidung als „eine Dynamik zur Einheit“ bewertet, als ein Zeugnis dafür, daß sich der Weltrat trotz theologischer Spannungen und der schleppenden Verhandlungen über ekklesiologische Probleme als „ein unvergleichliches Instrument“ erweise, mit dem die Christen in der Welt ihre sichtbare Gemeinschaft in Christus bezeugen. Der realistische Ökumenismus müsse von der Basis her erwachsen und die weithin nationalistischen und sozialen Vorurteile der Gemeinden überwinden, wie das krasse Beispiel von Nordirland zeige. Der Klerikalismus jeder Art sei zu Ende.

Der allgemeine Haushalt des Weltkirchenrats steigt von Jahr zu Jahr. In Canterbury wurde er auf 1,35 Millionen Dollar veranschlagt, aber es wird für 1970 mit einem tatsächlichen Bedarf von 1,5 Millionen gerechnet bei nur 1,21 Millionen Dollar zu erwartender Einnahmen. Für 1971 sollen die Beiträge abermals um 25 v. H. erhöht werden, jede Mitgliedskirche, so heißt es, sollte sich end-

lich an der Finanzierung beteiligen (öpd, 28. 8. 69), eine wohl vergebliche Mahnung an die östliche Orthodoxie. Die Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe hat einen eigenen Etat von 1,63 Millionen Dollar. Die Abteilung für Weltmission ist finanziell selbständig und stark. Die sogenannten Programmprojekte sind mit weiteren 1,52 Dollar aus Stiftungen und Sonderbeiträgen reicher Kirchen dotiert.

Nicht dazu zählt ein Hauptpunkt der Tagung, die Lösung der Rassenfrage. Wie erinnerlich, wurde ihre Priorität in Uppsala vorentschieden und durch die schweren Anklagen prominenter Vertreter der Schwarzen, u. a. *James Baldwin*, zur Gewissensfrage der Kirchen erklärt (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 383 f.). Generalsekretär *E. C. Blake* hatte inzwischen eine weitere Stärkung dieser Priorität durch die Londoner Konferenz „Kirche und Rassismus“ (19. bis 24. 5. 69) gefördert und die Milliardenforderung amerikanischer Negerorganisationen auf „Reparation“ für jahrhundertlange Ausbeutung grundsätzlich anerkannt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 315 f.). Aber schon da zeigten sich Schwierigkeiten, die in Canterbury noch stärker in Erscheinung traten.

Programme und Prioritäten

Die Eröffnungspredigt in der ehrwürdigen Kathedrale von Canterbury durch den Primas der Kirche von England, Erzbischof *M. A. Ramsey*, fixierte die Tagung auf Aktion: „Unser Glaube wird heute durch unser Handeln in der Frage von Rasse und Armut getestet“, kein Wort von seinen Lieblingsforderungen der Heiligkeit und Katholizität. Der Gottesdienst selbst war ökumenisch gestaltet, die Heilsarmee stellte den Chor, ein russisch-orthodoxer und ein römisch-katholischer Priester hielten die Lesungen und ein ehemaliger General aus Indonesien ergänzte die Predigt durch die Mahnung, das Evangelium Jesu Christi auf Gerechtigkeit und Frieden auszulegen. Die beiden Hauptreferate hielten in der Universität, Tagungsstätte des Plenums wie der Kommissionen, der Vorsitzende *M. M. Thomas*, Bangalore, aus seiner asiatischen Perspektive, und Generalsekretär *Blake* als amerikanischer Aktivist (öpd, 14. 8. 69). *Thomas* verteidigte die starke Betonung des notwendigen Dienstes am Menschen auf der Vollversammlung in Uppsala gegen die international verbreitete, besonders aus Skandinavien kommende Kritik, es sei die „horizontale Dimension“ des Christentums zu sehr auf Kosten der „vertikalen“ gestei- gert worden, so daß „der alte selbstzufriedene Humanismus“ über die ökumenische Theologie „durch die Hintertür“ zurückgekehrt sei. Sein Christusbekenntnis, das er als Laie der Syrischen Mar-Thomas-Kirche sprach, war völlig eindeutig (vgl. auch seinen Beitrag in „Ökumenische Rundschau“, Juli 1969).

Er nannte dann konsequent die Prioritäten der von ihm geleiteten Weltkonferenz von „Kirche und Gesellschaft“ 1966 in Genf: Neuordnung der Weltwirtschaft, damit die Entwicklungsländer nicht auch noch durch Entwicklungshilfe in weitere Abhängigkeit von den Industrieländern geraten und nicht die zweite Dekade der Entwicklung genauso an den festgefahrenen Machtstrukturen scheitert. Sodann seien angesichts der „beträchtlichen Kräfte der Entmenslichung“ im Prozeß der gegenwärtigen sozialen und technischen Revolution die Humanum-Studien über die menschliche Freiheit vordringlich, wobei ihm die

Gewinnung individueller Freiheit in den asiatischen Kollektivkulturen vorschwebt. Er begrüßte, wie hernach auch *Blake*, die von Papst Paul VI. in Genf bestätigte gemeinsame Studienarbeit von „Justitia et Pax“ und der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ und hieß die römisch-katholischen Beobachter willkommen, diesmal keine Prominenz, sondern nur Prof. *Medina Estevez* (Santiago/Chile) und Prof. *J. E. Lanne* (Rom), ersterer Mitglied der vom Papst berufenen internationalen Theologenkommission, beide — wie sich später zeigte — mit sehr begrenzten Instruktionen bezüglich eines „universalen Konzils“ und gewisser Interkommunionpläne, denen sie ebenso ihre Zustimmung versagten wie die orthodoxen Delegierten.

Generalsekretär *Blake* stimmte seinen Rechenschaftsbericht etwa auf denselben Ton. Er warnte vor der „Karikatur eines Christentums, das sich mit dem materialistischen Utopismus der säkularen Gesellschaft identifiziert“, und sprach von der Gefahr der Polarisierungen im politischen wie im theologischen Bereich, die durch die Kirchen hindurchgehen und — z. B. in der Frage des Verhältnisses zu Rom — den Weltrat der Kirchen spalten könnten. Das „gegenwärtige theologische Chaos“ sei nicht hoffnungslos, die Polarisierung sei „auch eine Verheißung für die Erneuerung des Glaubens“. Aber schon 1967 auf der Tagung zu Heraklion den Problemen der Hermeneutik abhold, denen sich Faith and Order stellt (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 467, und 22. Jhg., S. 25 f.), hatte er das vorbereitete heikle Studiendokument über „Die Autorität der Bibel“ absetzen lassen (vgl. den Vorbericht von *Barr* in „The Ecumenical Review“, April 1969, nach Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 295), eine vermutlich notwendige Entscheidung. Aber für die Überwindung der Glaubenskrise kein guter Dienst, eine Hinausschiebung des Unabänderlichen, zu viel Rücksicht auf die Orthodoxie. Oder Flucht in Aktion?

Gegen den Rassismus

Ein Hauptthema war der Fünfjahresplan zur Bekämpfung des Rassismus in der Welt, ausgelöst durch die Reparationsforderung amerikanischer Negerorganisationen. Schon der Exekutivausschuß hatte die Vorlage abgeschwächt, da die meisten Kirchen, vor allem die russisch-orthodoxe Kirche, sich weigern, die amerikanische Situation als Verpflichtung für sich anzunehmen. Erzbischof *Nikodim* erklärte, im Osten seien überhaupt Sozialreformen dieser Art nicht aktuell. So blieb es bei einem Studienprogramm, das auf Grund eines bescheidenen Sonderfonds dem Rassismus innerhalb der Mitgliedskirchen entgegenwirken soll. Vergeblich forderte der anglikanische Bischof von Ottawa, *E. S. Reed*, zu einem „konkreten Opfer“ auf, und selbst Bischof *P. Verghese*, Theologe der syrisch-orthodoxen Kirche, bekannt als anima candida, nannte den Fonds eine „reichlich schwache Geste“ statt einer erforderlichen „dramatischeren Tat“. Miss *J. Fairfax*, eine amerikanische Negerdelegierte, war vollends enttäuscht, daß dem Problem der Reparationen ausgewichen werde, gehe es doch überhaupt nicht um Barmherzigkeit, sondern um Gerechtigkeit (öpd, 21. 8. 69).

Was blieb, ist die Bildung eines eigenen Sekretariats in Genf, das die Mitgliedskirchen über die Rassenprobleme informieren und ihnen bei ihrer Überwindung helfen soll, einschließlich der Prüfung politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen. Aus Reserven des Weltrates wurden

200 000 Dollar bewilligt, während die Mitgliedskirchen weitere 300 000 Dollar beisteuern sollen (öpd, 28. 8. 69). Sehr wohl war dem Zentralaussschuß bei diesem Programm nicht. Es dürfte eine fast zu optimistische Beurteilung sein, wenn Bischof K. Scharf den Vorgang dahin interpretierte, die Vorlage habe gegenüber dem „zu maximalistischen Entwurf“ an Klarheit und Überzeugungskraft gewonnen, der Zentralaussschuß habe die Impulse von Uppsala übernommen und auch prekäre Fragen fair geregelt, „und zwar stets eindeutig auf das Evangelium bezogen“ (epd, 23. 8. 69).

Ob diese Eindeutigkeit auch für die zahlreichen politischen Resolutionen gilt, die die Kommission der Kirchen für Internationale Fragen zur Befriedigung des Dilettantismus durchgebracht hat, darf wohl dahingestellt bleiben. Da sie ohnehin wirkungslos sind, können sie hier übergangen werden: die Resolution über Kuba, über Biafra-Nigeria, über Rhodesien usw., bis auf die härteste und heikelste über die Spannung in Nah-Ost. Hier war der Einfluß Nikodims spürbar. Gestützt auf die UN-Entscheidung vom 22. November 1967, setzt sie sich ein für den Schutz der Palästinaflüchtlinge, denen durch die Gründung des Staates Israel ein Unrecht zugefügt wurde, und für die Rechte der Araber, aber auch für jüdische Flüchtlinge aus arabischen Ländern. Die Objektivität, die an die Verantwortung der Großmächte zur Herstellung des Friedens im Nahen Osten erinnert, trägt insofern den Realitäten keine Rechnung, als der Staat Israel als solcher nicht eine Rechtfertigung erfährt. Die Autorität des Weltkirchenrates dürfte durch diese doch irgendwie notwendige Resolution kaum gewinnen.

Eine Resolution nimmt den Vorschlag auf, den Papst Paul VI. in Genf gemacht hatte, die Kontakte mit der römisch-katholischen Kirche auf allen Ebenen, auch auf der lokalen Ebene, zu verstärken. Es werden auch die Leistungen der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ gewürdigt und bedauert, daß in den Mitgliedskirchen sowenig Kenntnis darüber verbreitet ist. Aber die großen Anliegen etwa von L. Vischer, Direktor von Faith and Order, stießen beim größeren Teil der Mitglieder auf Skepsis. Er wandte sich in seinem offiziellen Bericht gegen den „zufälligen Wildwuchs“ ökumenischer Zusammenarbeit in einzelnen Ländern. Er beklagte die „erheblichen Schwierigkeiten“, die sich einem Beitritt der römisch-katholischen Kirche zum Ökumenischen Rat entgegenstellen, weil die notwendigen Strukturreformen des Rates nicht einmütig erkannt werden. Seine Verfassung sei wohl zu einem gewissen Grad modifizierbar, aber seine Grundkonzeption als „Bund von Kirchen“ könne kaum durch eine andere ersetzt werden.

Tatsächlich ist der Zentralaussschuß der Meinung, daß eine

Auflösung des Weltrates und eine Umgestaltung etwa auf der Basis der konfessionellen Weltbünde nicht in Frage komme. Auch machte Vischer weitere Entscheidungen davon abhängig, wieweit die bevorstehende römische Bischofssynode eine ökumenische Öffnung des Vatikans bekunden werde, um zu einer wahrhaft konziliaren Struktur zu gelangen (öpd, 21. 8. 69). Doch mit dem Vorschlag, den „Dialog als Dauerzustand“ endlich zu überwinden und zu einer eucharistischen Communio vorzustoßen, stieß man jetzt ebenso auf Widerspruch wie mit der Idee eines „universalen Konzils“, die in Uppsala ventiliert wurde. Der Benediktiner Lanne wie Prof. Medina distanzieren sich vor der Presse von dieser „persönlichen Meinung“ Vischers. Für eine Interkommunion fehlten vorerst alle Voraussetzungen. Die Orthodoxen stimmten dem zu (KNA, 27. 8. 69). In dieser Richtung scheint also ein Fortschritt der Ökumenischen Bewegung, jedenfalls von oben her, blockiert, was keineswegs bedeutet, daß nunmehr die Durchbrüche von unten her nicht zunehmen werden.

Am letzten Tag verabschiedete der Zentralaussschuß die sechste Fassung eines Briefes an die Gemeinden, in dem versucht wird, den Eindruck der Stagnation zu verwischen. Der Ökumenische Rat, so heißt es darin, wisse sich nach wie vor der „vollkommenen Einheit in der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche“ verpflichtet, er wolle „alles überwinden, was uns am Tisch des Herrn trennt“, mit dem Zusatz freilich, daß auf dem Wege zur christlichen Einheit bisher „keine wesentlichen Fortschritte“ erzielt werden konnten. Er beschwört die wachsende Ungeduld, vor allem unter der Jugend, und bezeichnet als eigentlichen Grund dieses ungeduldigen Strebens „den Ruf unseres Herrn“. Der Rest ist eine Zusammenfassung der bescheidenen Ergebnisse der Tagung, deren Wirksamkeit ohnehin von der Bereitschaft der autonomen Mitgliedskirchen abhängt, sie durchzuführen. Richtig heißt es am Schluß, es gehe bei allem letzten Endes um „die Frage des Glaubens und unsere Antwort in Gottesdienst und Leben... In unserer Welt rascher Veränderungen sehen viele Christen ihren Glauben bedroht. Sie stehen in Gefahr, Gott aus den Augen zu verlieren oder ein Leben in zwei völlig getrennten Welten zu führen... Mehr denn je spüren wir, daß wir die Wirklichkeit des Evangeliums in Denkformen umsetzen müssen, die unsere Mitmenschen verstehen.“ Aber die Gemeinden erfahren nicht, daß die wesentlichste Strukturreform in Angriff genommen wird, ein konziliares Lehramt mit einem repräsentativen Corpus von Theologen auszubilden. Das von Blake beklagte „theologische Chaos“ bleibt der beklagenswerte Hintergrund der ökumenischen Wirklichkeit.

Atheistische Propaganda und orthodoxe Erneuerung in der Sowjetunion

„Die Untersuchung des Entwicklungsprozesses der heutigen Orthodoxie, die kritische Analyse seiner grundlegenden Etappen erlauben eine Reihe praktischer Schlußfolgerungen, die für die Aktivierung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda unbedingt zu berücksichtigen sind.“ Mit diesem einleitenden Satz seiner Schlußbemerkungen zu seinem Buch „Sovremennoe Pravoslavie“ („Die

heutige Orthodoxie“, Moskau 1968, S. 139) gibt N. S. Gordienko, Dozent für Marxismus-Leninismus am Medizinischen Institut Leningrads, klar Grund und Ziel des offensichtlich seit Anfang der sechziger Jahre zunehmenden „Interesses“ der atheistischen Propaganda am sog. „Modernisierungsprozeß“ der russisch-orthodoxen Kirche zu erkennen. So erschienen erst kürzlich (Februar bis Juli